



Israels neue Regierung

Reformer dominieren die Wirtschafts- und Sozialpolitik, Siedler und Hardliner bestimmen den Kurs des Friedensprozesses

RALF HEXEL
März 2013

- Premier Netanyahu wurde durch die Wahlen geschwächt, kann aber weiter regieren. Seine neuen Gegenspieler sind der liberale Politiker Yair Lapid und der national-religiöse Naftali Bennett, der den politischen Machtzuwachs der Siedlerbewegung verkörpert.
- Lapid und Bennett schlossen ein politisches Bündnis, das auf gemeinsamen Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik basiert. Sie zwangen den geschwächten Netanyahu, ihrem weitreichenden innenpolitischen Reformpaket zuzustimmen.
- Außen- und sicherheitspolitisch behauptete Netanyahu seinen Einfluss und besetzte die verantwortlichen Ministerien mit politischen Hardlinern. Die Agenda seiner Regierung ist zweigeteilt : Reformkräfte dominieren die Innenpolitik, Hardliner und Siedler bestimmen die Außenpolitik und den Kurs des Friedensprozesses.
- Im Nahostfriedensprozess sind keine Fortschritte zu erwarten, denn Israel wird seine Siedlungs- und Besatzungspolitik fortsetzen. Die internationale Isolierung des Landes wird zunehmen.
- Der israelische-palästinensische Konflikt ist für die USA nicht mehr die oberste Priorität in der Region sondern die nukleare Herausforderung durch den Iran und der sunnitisch-shiitische Konflikt, der die Region destabilisiert.



Inhalt

1. Das Wahlergebnis: Netanyahu geschwächt aber weiter Premier	1
2. Die Koalitionsverhandlungen: Netanyahu gegen Lapid & Bennett:	2
3. Die Agenda der neuen Regierung	4
3.1 Militärdienst und politisches System	4
3.2 Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik	4
3.3 Außen- und Sicherheitspolitik/Nahostfriedensprozess	5
4. Barack Obamas Israel-Besuch und die Rolle der USA	7
5. Fazit	8
Anhang: Liste der Kabinettsmitglieder	10

Am 18. März wurde in Israel eine neue Regierung mit Benjamin Netanyahu als altem und neuem Ministerpräsidenten vereidigt. Nach 1996–1999 und 2009–2013 ist Netanyahu damit zum dritten Mal israelischer Premier. Neben seinem rechten Wahlbündnis aus *Likud* (dt. Zusammenhalt) und *Yisrael Beiteinu* (dt. Unser Haus Israel) gehören der 33. israelischen Regierung, die über 68 der 120 Knessetsitze verfügt, drei weitere Parteien an: Die Anfang 2012 gegründete Zentrumspartei *Yesh Atid* (dt. Es gibt eine Zukunft); die in der Siedlerbewegung verankerte national-religiöse Partei *HaBayit HaYehudi* (dt. Jüdisches Heim) sowie die erst zwei Monate vor der Wahl entstandene säkulare Partei *HaTnuah* (dt. Bewegung), die genau wie *Yesh Atid* dem politischen Zentrum zuzuordnen ist. Für die Bildung dieser Mitte-Rechts-Regierung reichten Netanyahu die im Wahlgesetz vorgesehenen 28 Tage nicht aus. Er musste dafür nach Verstreichen dieser Frist weitere 14 Tage bei Staatspräsident Shimon Peres beantragen.

1. Das Wahlergebnis: Netanyahu geschwächt aber weiter Premier

Die Ursache dafür, dass Netanyahu den maximalen Zeitraum von 42 Tagen für die Regierungsbildung benötigte, war die Tatsache, dass er politisch geschwächt aus den am 22.01.2013 durchgeführten Wahlen zur 19. Knesset hervorgegangen war. Das von ihm und Ex-Außenminister Avigdor Lieberman angeführte Wahlbündnis *Likud–Yisrael Beiteinu* errang mit 31 Mandaten zwar die meisten Knessetsitze (*Likud* 20, *Yisrael Beiteinu* 11). Jedoch bedeutete dieses Ergebnis eine empfindliche Einbuße an politischer Macht und damit an politischem Handlungsspielraum. In der vergangenen Knesset verfügten beide Parteien, die ihr Bündnis erst vor den Wahlen geschlossen hatten, zusammen noch über 42 Abgeordnete (*Likud* 27, *Yisrael Beiteinu* 15).

Die große Überraschung der Wahl waren die 19 Mandate für den politischen Newcomer Yair Lapid und seine Partei *Yesh Atid*, die damit aus dem Stand zweitstärkste politische Kraft wurde. Mit dem Versprechen von politischem Wandel und der Senkung der Lebenshaltungskosten machte Lapid sich zum Anwalt der Mittelschicht – der zentralen Kraft der sozialen Protestbewegung vom Sommer 2011 – und errang damit ein von niemandem erwartetes Ergebnis. Auf Platz drei folgte mit 15 Mandaten die sozialdemokratische *Avoda* (dt. Arbeit), die

mit einem ebenfalls auf sozio-ökonomische Themen fokussierten Wahlkampf zwar ihr Ergebnis von 2009 um zwei Sitze verbessern konnte, jedoch deutlich unter den eigenen Erwartungen blieb. Der neben Yair Lapid zweite Wahlsieger war Naftali Bennett, Vorsitzender der Siedlerpartei *HaBayit HaYehudi*. Mit seinem gewandten Auftreten konnte der ehemalige Hightech-Unternehmer, der 60 Prozent der Westbank annektieren will, die Anzahl der Mandate seiner Partei von sieben auf 12 spürbar verbessern und damit das Gewicht national-religiöser Kräfte in der israelischen Politik erhöhen. Die ultra-orthodoxen Parteien *Shas* (dt. Sephardische Torah-Wächter) und *Yahadut HaTorah* (dt. Vereinigtes Torah-Judentum) erreichten 11 bzw. 7 Mandate und konnten damit die Zahl ihrer Abgeordneten insgesamt um zwei erhöhen. Die erst kurz vor der Wahl von der früheren *Kadima*-Vorsitzenden Tzipi Livni gegründete *HaTnuah* erreichte sechs Mandate. Der große Verlierer der Wahl war die *Kadima*-Partei (dt. Vorwärts), die von 28 Mandaten auf nur noch zwei abstürzte und damit politisch bedeutungslos ist. Innerhalb von vier Jahren wurde aus der größten die kleinste Fraktion in der Knesset. Die links-liberale *Meretz* (dt. Elan) verdoppelte ihre Mandate von drei auf sechs. Die drei erneut in die Knesset eingezogenen arabischen Parteien *Ra'am Ta'al* (Vereinigte Arabische Liste), *Hadash* (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit) und *Balad* (Nationales Demokratisches Bündnis) errangen mit zusammen 11 Sitzen exakt das gleiche Ergebnis wie in der Wahl von 2009.

Weil nicht das Thema Sicherheit, sondern innenpolitische Fragen, besonders die Wirtschafts- und Sozialpolitik, entscheidend für den Ausgang der Wahlen waren, beinhaltet dieses Wahlergebnis eine doppelte und scheinbar widersprüchliche Botschaft, ein »Sowohl-als-Auch«. Einerseits bedeutet dieses Votum den Wunsch nach Veränderung und Wandel, nach einer Politik, die säkularer, pluralistischer, sozial gerechter und inklusiver sein soll. Mit diesem starken innenpolitischen Mandat ging Yair Lapid in die Koalitionsverhandlungen. Andererseits bedeutet es Zustimmung zum Status quo in der Außen- und Sicherheitspolitik, ganz besonders im Umgang mit dem Nahostkonflikt. Mit diesem Mandat ging Benjamin Netanyahu in die Koalitionsgespräche. Exemplarisch verkörpert Naftali Bennett diese scheinbar gegenläufigen Tendenzen in der israelischen Politik und das daraus resultierende »Sowohl-als-Auch«. Er fordert sozio-ökonomische Reformen und lehnt zugleich jede Art von Kompromissen mit den Palästinensern ab. In

der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist er der Partner Yair Lapid. Im Nahostfriedensprozess ist Benjamin Netanyahu sein strategischer Verbündeter. Er ist Reformler und Hardliner gleichzeitig. Er ist das Janusgesicht der israelischen Politik.

2. Die Koalitionsverhandlungen: Netanyahu gegen Lapid & Bennett

Rein rechnerisch hätte Netanyahu mit seinen »natürlichen Partnern« aus dem rechten und religiösen Lager wieder eine Regierung bilden können. Aber mit 61 Abgeordneten hätte er dann eine Regierung angeführt, die ihm nur wenig politischen Spielraum gegeben und den Wunsch der Wähler nach Reformen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik negiert hätte. Einer solchen Regierung wäre nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Allerdings wollte Netanyahu auch nicht seinen neuen Rivalen und Herausforderer Yair Lapid als Partner in die Regierung holen und ihm damit die Möglichkeit geben, sich als Minister in einem Schlüsselministerium politisch zu profilieren. Lapid hatte bereits öffentlich erklärt, dass er Netanyahu bei den nächsten Wahlen als Ministerpräsident ablösen wolle. Netanyahu seinerseits versuchte nun mit allen Mitteln, eine Regierungsbeteiligung von *Yesh Atid* zu verhindern. Um dies zu erreichen, machte er der *Avoda*-Vorsitzenden Shelly Yacimovich umfangreiche Angebote, um sie in seine Koalition zu holen. Er bot ihr das Finanzministerium sowie weitere fünf Ministerposten an. In der Partei gab es eine Reihe führender Politiker, die zu diesem Schritt bereit waren. Aber Yacimovich, die 14 Tage vor der Wahl erklärt hatte, dass sie einer von Netanyahu geführten Regierung nicht beitreten würde, lehnte ab. Erst nachdem Netanyahu endgültig scheiterte, mit *Avoda* und den ultra-orthodoxen Parteien eine Koalition ohne *Yesh Atid* zu formen, begann er ernsthafte Verhandlungen mit Yair Lapid und Naftali Bennett.

Netanyahu erwies sich in seiner bisherigen politischen Laufbahn als ein äußerst versierter Taktiker der Macht, der das Prinzip »teile und herrsche« perfekt beherrscht. Aber mit dem Wahlerfolg von Lapid und Bennett hatten sich die Spielregeln in der israelischen Politik schlagartig geändert. Während ihn das *Time Magazine* im Mai 2012 in seiner Titelgeschichte noch als »King Bibi« feierte, der die israelische Politik ungefährdet dominiert, muss Netanyahu nur 10 Monate später mit seinen neuen Herausforderern um Macht und Einfluss kämpfen. Als

Lapid und Bennett ein politisches Bündnis schlossen und öffentlich erklärten, dass sie auf keinen Fall einzeln sondern nur gemeinsam in Netanyahus Regierung eintreten würden, waren sie plötzlich in der Lage, Netanyahu ihre Bedingungen zu diktieren. Ein Scheitern der Koalitionsverhandlungen konnte Netanyahu aber auf keinen Fall riskieren. Bei Neuwahlen hätte Lapid – so das Ergebnis mehrerer Umfragen – sein Ergebnis noch einmal beträchtlich verbessert und wäre unangefochten Wahlsieger geworden. Damit bestimmte nicht Netanyahu Inhalt und Takt der Koalitionsverhandlungen, sondern das politische Zwillingsspaar Lapid & Bennett.

Die Basis dieses ungewöhnlichen Bündnisses einer Zentrumsparterie der säkularen Mittelschicht mit der Partei der national-religiösen Siedlerbewegung ist die weitgehende Übereinstimmung ihrer Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese lassen sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Faire gesellschaftliche Lastenverteilung durch die Einbeziehung ultra-orthodoxer Männer in den Militär- und Zivildienst sowie den Arbeitsmarkt.
2. Steuer- und finanzpolitische Reformen, um mehr Wettbewerb zu erreichen.
3. Verringerung der Lebenshaltungskosten, besonders der Preise für Nahrungsmittel und Wohnraum.
4. Reform des politischen Systems, insbesondere die Begrenzung der Zahl von Ministerien.

Sowohl Lapid als auch Bennett waren und sind sich bewusst, dass ihr Wahlerfolg ganz wesentlich in der sozialen Protestbewegung wurzelt. Getragen von der Mittelschicht und der jungen Generation, waren es vor allem deren Vertreter, die Lapid aber auch Bennett gewählt hatten. Beide wissen, dass ihr weiterer politischer Erfolg ganz wesentlich davon abhängen wird, ob es ihnen gelingt, diesen Erwartungen zu entsprechen. Darauf beruht ihr politisches Bündnis. Und es scheint, dass diese Gemeinsamkeiten weit stärker sind als die Unterschiede, nämlich im Nahostfriedensprozess: Lapid hatte vor den Wahlen erklärt, dass er keiner Regierung beitreten werde, die sich einer Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern verweigere, während Bennett die Verhinderung der Zwei-Staaten-Lösung als sein politisches Ziel definierte.



Einer der wichtigsten Diskussionspunkte in den Koalitionsverhandlungen war die Frage, ob Yair Lapid Außen- oder Finanzminister werden würde. Netanyahu musste seinem Bündnispartner Avigdor Lieberman zusagen, bis zum Abschluss eines gegen diesen laufenden Gerichtsverfahrens das Außenministerium für ihn zu reservieren. Lapid akzeptierte nach langem Zögern, das Amt des Finanzministers zu übernehmen. Das war eine mutige und politisch keinesfalls risikofreie Entscheidung. Als Außenminister hätte er sich auf der internationalen Bühne weiter profilieren können, um sich bei den nächsten Wahlen um das Amt des Ministerpräsidenten zu bewerben. Die dafür notwendigen Fähigkeiten besitzt der frühere TV-Star und Medienprofi wie nur wenige andere. Er wäre damit jedoch dem Auftrag seiner Wähler ausgewichen. Als Finanzminister sitzt er nun zwar an der zentralen Schaltstelle der Finanz- und Wirtschaftspolitik der neuen Regierung. Aber die Gefahr des Scheiterns ist groß. Angesichts einer angespannten Haushaltssituation hat er nur begrenzten Spielraum, den Erwartungen seiner Wähler schnell zu entsprechen. Er muss den Staatshaushalt sanieren und wird damit vor allem jene wirtschaftlich treffen, die ihn gewählt haben. Wenige Tage nach Amtsübernahme trat er mit der Nachricht an die Öffentlichkeit, dass Israel sich in einer schlechteren finanziellen Situation befinde, als er angenommen hatte. An seine Wähler gerichtet, sagte er: »Menschen, deren Situation sich im kommenden Jahr verschlechtert, sollen wissen, dass diese Verschlechterung nur zeitweilig ist. Je resoluter wir heute handeln, desto mehr werden wir in der Zukunft in der Lage sein, die Wohnraumkosten zu senken, mehr Geld für Bildung, soziale Dienstleistungen und kleine Betriebe zur Verfügung zu stellen.«

Netanyahu hatte 2012 das Haushaltsdefizit von geplanten 2 Prozent des BIP auf 4,2 Prozent gesteigert. Mit Blick auf die Wahlen hatte er die Staatsausgaben erhöht und schmerzhaft Anpassungen im Haushalt nicht durchgeführt. Aus demselben Grund hat er die Verabschiedung des Budgets 2013 verzögert und schließlich auf die Zeit nach den Wahlen verschoben. Es wird die erste große Herausforderung der neuen Regierung sein, den neuen Haushalt zu verabschieden und die notwendigen Einschnitte staatlicher Dienstleistungen sowie sehr wahrscheinlich Steuererhöhungen durchzusetzen. Lapid hat zu seiner Entscheidung, doch das Amt des Finanzministers zu übernehmen, auf seiner Facebook-Seite geschrieben: »Ich bin kein Wirtschafts-

experte. Aber als Vertreter der israelischen Mittelklasse bin ich mit dem Slogan ›Wo ist das Geld?‹ in den Wahlkampf gegangen. Daraus ergeben sich Verpflichtungen für mich.«

Lapid und Bennett waren sich im Klaren darüber, dass sie ihre Reformen nur würden durchsetzen können, wenn die ultra-orthodoxen Parteien nicht Teil der regierenden Koalition werden. Dieses Ziel haben sie erreicht. Erstmals seit vielen Jahren sind die beiden ultra-orthodoxen Parteien nicht in der Regierung vertreten. Für *Shas* und *Yahadut HaTorah* bedeutet dies einen empfindlichen Verlust an Macht und Einflussmöglichkeiten. Die übergroße Mehrzahl der ultra-orthodoxen Männer leistet keinen Wehrdienst bzw. Zivildienst, ist nur zu einem geringen Teil in den Arbeitsmarkt integriert und zahlt praktisch keine Steuern. Trotzdem ist es den beiden Parteien in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, für ihre Klientel ein dichtes Netz staatlicher Finanztransfers zu knüpfen. Diese betreffen besonders die Bereiche Bildung (es gibt ein getrenntes ultra-orthodoxes Bildungssystem), Wohnungsbau, Sozialleistungen und die Finanzierung der Torah-Schulen für ultra-orthodoxe Männer. Dieses ausgezeichnet funktionierende System sehen ultra-orthodoxe Politiker durch die neugebildete Regierung und ihren expliziten Schwerpunkt der »gerechten Lastenverteilung« (Wehrdienst, Arbeit, Steuern) in seinem Bestand gefährdet. Als »Kriegserklärung an die Welt der Torah« bezeichnete eine ultra-orthodoxe Zeitung das Programm der neuen Regierung und der *Shas*-Führer Arye Deri sagte ganz unverblümt: »Unsere Aufgabe ist es, diese Regierung zu Fall zu bringen.«

Die wichtigste Kraft der Opposition wird die *Avoda* mit ihrer Vorsitzenden Shelly Yacimovich als Oppositionsführerin sein. Dem enormen politischen Druck von außen und auch aus dem Innern der Partei, der Regierung beizutreten, widerstand sie. Während besonders Vertreter des alten Parteiestablishments bereit waren, in die Regierung einzutreten, war ihr die Unterstützung der jungen Generation sicher. Deren Stimme ist u. a. Stav Shaffir, die zu den Initiatoren und führenden Figuren der sozialen Protestbewegung zählte und auf der Liste der *Avoda* ins Parlament gewählt wurde. Sie sagte zum Thema Regierungsbeitrag: »Wir haben nicht die Proteste organisiert und sind in die Politik gegangen, um jetzt die hässliche Politik Netanyahus und seiner Partner zu unterstützen (...) Wir sind hier, um eine Alternative zu sein.«

3. Die Agenda der neuen Regierung¹

Yair Lapid und Naftali Bennett waren sehr erfolgreich dabei, ihre wesentlichen personellen und politischen Forderungen in den Koalitionsverhandlungen mit Benjamin Netanyahu durchzusetzen. Zweifellos profitierten sie davon, dass Netanyahu politisch angeschlagen ist und deshalb den Großteil ihrer Forderungen akzeptieren musste. Diese konzentrierten sich auf die Bereiche politisches System, Wehrdienstgerechtigkeit, Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie das Bildungssystem. Das ist eine strikt innenpolitische Agenda, während die Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Nahostfriedensprozess in ihren Koalitionsverhandlungen mit Netanyahu praktisch keine Rolle spielten.

3.1 Militärdienst und politisches System

Unter dem Slogan »*sharing the burden*« spielte das Thema der Einbeziehung ultra-orthodoxer Männer in den Militär- und Zivildienst eine zentrale Rolle im Wahlkampf von Yair Lapid und weniger prominent auch von Naftali Bennett. Beide forderten deshalb, dass die neue Regierung dieses Thema ganz oben auf ihre Agenda setzt. Erst kurz vor Ende der Koalitionsverhandlungen einigten sie sich mit Netanyahu auf ein gemeinsames Konzept zum Erreichen von mehr Wehrdienstgerechtigkeit. Sollte der ambitionierte Plan, gegen den sich die ultra-orthodoxen Parteien mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren, umgesetzt werden, würde das die israelische Gesellschaft tiefgreifend verändern. Das Neue an dem von *Yesh Atid* vorgelegten und von den anderen Koalitionspartnern angenommenen differenzierten und zeitlich gestaffelten Konzept ist die Verbindung des Wehrdienstes für ultra-orthodoxe Männer mit deren Integration in den nationalen Zivildienst und in den Arbeitsmarkt. Elemente dieses Konzepts sind die schrittweise Verringerung des Wehrdienstes von drei auf zwei Jahre; die Reform des Reservedienstes; die kontinuierliche Erhöhung der Zahl von ultra-orthodoxen Soldaten und die Bildung von zwei weiteren ultra-orthodoxen Brigaden; die Begrenzung der Zahl von anerkannten Religionsstudenten, die vom Wehrdienst befreit sind, auf 1.800 pro Jahrgang; ultra-orthodoxe junge Männer, die keinen Wehrdienst leisten und auch nicht als Religionsstudenten anerkannt sind, werden in Zukunft in

den Zivildienst einbezogen. *Yesh Atid* steht jetzt vor der Herausforderung, dieses Konzept durch den Gesetzgebungsprozess zu bringen, ohne dass es in seiner Substanz verwässert wird. Ob die Führungskräfte der Partei die dafür notwendigen politischen Fertigkeiten besitzen, wird sich zeigen. Mit aktiver Unterstützung durch Netanyahu und selbst durch seinen politischen Freund Bennett kann Lapid dabei kaum rechnen.

Die Forderung Lapids, die Zahl der Minister deutlich zu verringern, wurde durchgesetzt. Während das vorige Kabinett noch aus 34 Ministern bestand, sind es in der neuen Regierung nur noch 22. Das ist ein politisches Zeichen für eine Verschlinkung des Regierungsapparates und die Einsparung finanzieller Mittel. Weiterhin wurde beschlossen, die Sperrklausel bei Wahlen von 2 Prozent auf 4 Prozent anzuheben. Das israelische Parteiensystem ist enorm zersplittert und heterogen. Immer wieder kommt es zu Abspaltungen von bestehenden Parteien und besonders vor Wahlen zu Parteineugründungen. Mit der Anhebung der Sperrklausel soll diesen Tendenzen entgegengewirkt und die Bildung stabilerer Regierungskoalitionen befördert werden.

3.2 Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik

Das Duo Lapid/Bennett war sehr erfolgreich in seiner Strategie, möglichst viele jener Ministerien zu übernehmen, die für die Bereitstellung staatlicher bzw. öffentlicher Dienstleistungen verantwortlich sind. Die Verteilung der Ressorts zeigt, dass sie dieses Ziel erreicht haben, denn Politiker von *Yesh Atid* und *HaBayit HaYehudi* leiten die folgenden Ministerien: Finanzen, Wirtschaft, Soziales, Gesundheit, Wohnungen, Bildung, Wissenschaft und Senioren. Hinzu kommt der äußerst einflussreiche Vorsitz des Finanzausschusses der Knesset. Auch programmatisch haben sie ihre Forderungen klar fixiert. In den mit Premier Netanyahu abgeschlossenen Koalitionsverträgen steht, dass die neue Regierung dazu verpflichtet ist, »mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Lebenshaltungskosten zu senken«, einschließlich der Förderung von Wettbewerb und der Verringerung der übergroßen Machtkonzentration in der israelischen Wirtschaft. Weiterhin sei die Regierung verpflichtet, soziale Ungleichheiten in der Bevölkerung abzubauen und »kompromisslos gegen Armut zu kämpfen«. Um diese Ziele zu erreichen, wurde auf Betreiben von Lapid und Bennett ein nationales Programm zur Förderung kleiner

1. Die Liste aller Kabinettsmitglieder befindet sich im Anhang.

und mittlerer Betriebe beschlossen. Ein weiteres in den Koalitionsverträgen vereinbartes Programm ist der Bau von 150.000 Wohnungen in den nächsten zehn Jahren. Chef des eigens für die Umsetzung dieses Programms geschaffenen »Kabinetts für Wohnungsfragen« wurde Finanzminister Lapid. Sollte dieses Programm verwirklicht werden, würde damit ein wichtiger Beitrag zu Lösung jenes Problems geleistet, das im Sommer 2011 die sozialen Proteste ausgelöst hatte. Und Yair Lapid würde die politischen Früchte eines solchen Erfolgs ernten können.

Ein weiteres zentrales Feld für Lapid's Reformpolitik ist das Bildungssystem. Hier soll unter Führung des neuen Bildungsministers Shai Piron (*Yesh Atid*) ein Kerncurriculum entwickelt werden, das zur Pflicht an allen israelischen Schulen gemacht werden soll, also auch in dem getrennt von öffentlichen Schulen existierenden ultra-orthodoxen Schulsystem. Dieses Vorhaben kommt einer Kriegserklärung an das ultra-orthodoxe Schulsystem gleich und wird von ultra-orthodoxen Politikern vehement abgelehnt. In ihren Schulen werden Basisfächer wie Mathematik und Englisch nicht oder nur begrenzt unterrichtet. Ohne diese Fächer fehlen ultra-orthodoxen Jugendlichen aber die für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration notwendigen Kenntnisse und sie bleiben weiter abhängig von staatlicher oder privater Wohlfahrt. Deshalb ist die Reform des Bildungssystems ein Kernelement in Lapid's Reformpolitik. Fast bis zum letzten Tag der Koalitionsverhandlungen hat er um das Bildungsministerium kämpfen müssen. Denn Netanyahu – das hat dieser in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht – fühlt sich den ultra-orthodoxen Parteien eng verbunden. Es ist deshalb nur schwer vorstellbar, dass er Lapid's Bildungsreform aktiv unterstützen wird.

Fast alle Minister von *Yesh Atid* und *HaBayit HaYehudi* sind Politikneulinge. Sie verfügen nur über geringe politische Erfahrungen. Keiner von ihnen hat je ein Ministeramt bekleidet. Sie haben jetzt zwar die Machtpositionen inne, um die von ihren Wählern geforderten und in den Koalitionsverträgen festgeschriebenen Reformen durchzuführen. Eine Garantie für deren Erfolg ist dies jedoch nicht, denn sie haben sehr einflussreiche und politisch ausgezeichnet vernetzte Gegner: die mächtigen und eng mit der Politik verflochtenen Lobbygruppen im Finanzsektor und in der Wirtschaft, das allmächtige Sicherheits- und Verteidigungsestablishment oder das Staatsmonopol der *Israel Electric Company* im Energiesektor. Und auch der einflussreiche Gewerkschaftsver-

band *Histadrut* wird nicht jede der von Lapid und Bennett vorgeschlagenen Reformen unterstützen. An ihren Ankündigungen, in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik grundlegende Reformen verwirklichen zu wollen, müssen sich die neuen Minister von nun an messen lassen. Außerdem wird sich in der politischen Praxis beweisen müssen, ob die moderaten und säkularen *Yesh Atid*-Politiker über das Zweckbündnis der Koalitionsverhandlungen hinaus eine gemeinsame politische Sprache mit den national-religiösen Politikern von *HaBayit HaYehudi* finden werden. Die gleiche Frage werden sich auch die Wähler Yair Lapid's beantworten müssen, die in ihrer großen Mehrzahl liberalen und pluralistischen Grundwerten verpflichtet sind.

3.3 Außen- und Sicherheitspolitik/ Nahostfriedensprozess

Während Netanyahu im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik Macht abgeben und sich den Reformforderungen von Lapid und Bennett beugen musste, konnte er – gemeinsam mit seinem Partner Avigdor Lieberman – im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik seine Macht und seinen Einfluss behaupten. Der Likud und Yisrael Beitenu stellen alle Minister in den für Israels Sicherheit und den Umgang mit den strategischen Herausforderungen relevanten Bereichen. Das gilt für den Nahostfriedensprozess, für den Umgang mit den nuklearen Ambitionen des Iran, die Bedrohung durch Raketen und Terror der *Hamas*, *Hezbollah* und anderer radikaler islamistischer Organisationen, die Umbrüche in der arabischen Welt sowie die Beziehungen zu den USA und Europa. Eine Ausnahme ist Justizministerin Tzipi Livni von der *HaTnuah*-Partei, die aktiv für die Zwei-Staaten-Lösung eintritt und von Netanyahu mit der Führung von Friedensgesprächen mit den Palästinensern beauftragt wurde. Ihre politische Position in der Regierung ist aber zu schwach, um sich gegen Netanyahu, Lieberman und Bennett durchsetzen zu können.

In Israels Politik gegenüber den Palästinensern sind keine Änderungen in Sicht. Die bisherige kompromisslose Linie Netanyahus wird sich wohl fortsetzen: Ablehnung einer Regelung des Konflikts auf der Basis der Grenzen von 1967, inklusive Austausch von Land. Keine Räumung von Siedlungen der Westbank. Fortsetzung der Bautätigkeit in Siedlungen und Ablehnung einer Teilung Jerusalem, das als integraler Bestandteil Israels angesehen wird. Dies

werden auch die Leitlinien der Politik der neuen israelischen Regierung in der Palästinafrage sein. Während es in der vorigen Regierung im Bereich des israelisch-palästinensischen Konflikts noch einige gemäßigte Stimmen gab, z. B. Verteidigungsminister Ehud Barak (*Atzmaut*, dt. Unabhängigkeit), Vize-Premier Dan Meridor (*Likud*) oder Minister Micky Eitan (*Likud*), sind vergleichbare Stimmen inzwischen in Netanyahus Umfeld nicht mehr zu hören. Der neue Verteidigungsminister Moshe Ya'alon (*Likud*) sprach sich in der Vergangenheit zwar gegen einen israelischen Alleingang in der Iranfrage aus, gilt im Verhältnis zu den Palästinensern jedoch als Hardliner und politischer Verbündeter der Siedlerbewegung. Dies ist insofern von Bedeutung, da der Verteidigungsminister der oberste Verantwortliche für das Handeln der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten ist. Seinen Vorgänger Ehud Barak hat der frühere Generalstabschef Ya'alon dafür kritisiert, Bauvorhaben in den Siedlungen nicht ausreichend befördert und sich der Legalisierung von Siedlungsaußenposten verweigert zu haben.

Ein klares Indiz dafür, wie die neue israelische Regierung künftig im Friedensprozess agieren wird, sind die folgenden Statements. Der neue Minister für Heimatverteidigung, Gilad Erdan (*Likud*), sagte vor den Wahlen: »Israel sollte die Annexion jüdischer Siedlungen in Judäa und Samaria ankündigen.« Der neue Vize-Verteidigungsminister Danny Danon (*Likud*) gilt als Vertreter der Siedlerbewegung in seiner Partei und wird im Verteidigungsministerium für genau diesen Bereich verantwortlich sein. Zu seiner zukünftigen Aufgabe erklärte er: »Die neue Regierung wird eine nationale Regierung sein, die die Interessen des Landes, inklusive diejenigen der Siedlungen in Judäa und Samaria, sichern wird.« Noch deutlicher bezog der neuernannte Vize-Außenminister Ze'ev Elkin (*Likud*) Position. Er erklärte im Juli 2012 auf einer Konferenz: »Ungeachtet weltweiter Opposition ist es Zeit, in Judäa und Samaria das gleiche zu tun, was wir bereits in Jerusalem und auf dem Golan getan haben.« Und der neuernannte Wohnungsbauminister Uri Ariel (*HaBayit HaYehudi*) sagte in einem Interview mit dem israelischen Fernsehen, dass die Idee eines Baustopps in den Siedlungen »schrecklich« sei und dass er plane, die Bautätigkeit in den Siedlungen in der gleichen Geschwindigkeit wie die vorige Regierung fortzusetzen. Er hat selbst mehrere Siedlungen gegründet und war 10 Jahre Generalsekretär des *Yehsha*-Siedlerrates. Im vergangenen Jahr legte er einen eigenen Plan vor, der sogar die Annexion der gesamten Westbank vorsieht.

Während Premier Netanyahu stets seine Gesprächsbereitschaft betont und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas immer wieder auffordert, ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückzukehren, sprechen die zitierten Repräsentanten der neuen israelischen Regierung Klartext. Ihre Aussagen machen deutlich, dass sie langfristig das Ziel verfolgen, die jüdischen Siedlungen in der Westbank, die von ihnen mit den biblischen Namen Judäa und Samaria bezeichnet werden, zu annektieren und damit zum Bestandteil israelischen Staatsgebietes zu machen. Derzeit leben ca. 350.000 Israelis in den Siedlungen der Westbank sowie knapp 200.000 in Ost-Jerusalem. Das sind 9,2 Prozent der jüdisch-israelischen Bevölkerung. Vor 20 Jahren, als in Oslo das erste Abkommen zwischen Israel und Palästinensern unterzeichnet wurde, waren es noch 110.000 in der Westbank und 152.000 in Ost-Jerusalem. Diese Zahlen zeigen, dass die politischen Vertreter der Siedlerbewegung auf die im Zentrum der israelischen Politik stehende Frage »Land oder Frieden?« eine eindeutige Antwort haben. Und die heißt Land!

Macht und Einfluss der Vertreter der Siedler in der israelischen Politik sind spürbar gestiegen. Nach dem Wahlerfolg von *HaBayit HaYehudi* und dem gestiegenen Einfluss radikal nationalistischer Kräfte im *Likud* werden die politischen Vertreter und Unterstützer der Siedlerbewegung stärker als je zuvor die Agenda der israelischen Regierung bestimmen. Ihnen ist es gelungen, Minister- und Vize-Ministerposten in jenen Ministerien zu besetzen, die unmittelbar für die Planung und Durchführung der Bautätigkeit in den Siedlungen der Westbank verantwortlich sind: Verteidigung, Inneres und Wohnungsbau. Mit Naftali Bennett als Wirtschaftsminister und Nissan Slomiansky (*HaBayit HaYehudi*) als Vorsitzender des äußerst einflussreichen Finanzausschusses der Knesset kann *HaBayit HaYehudi* direkt die nationalen Prioritäten in den Bereichen Investitionen und Wirtschaftsförderung beeinflussen und für eine Bevorzugung bzw. Förderung von Bau- und Investitionsvorhaben in den Siedlungen der Westbank und Ost-Jerusalems sorgen. Genau wie Uri Ariel hatte auch Slomiansky vor seinem Eintritt in die Politik führende Funktionen in der Siedlerbewegung inne. Er war unter anderem Generalsekretär der radikalen Siedlerorganisation *Gush Emunim* (dt. Block der Getreuen).

Es gibt in der neuen Regierung in Bezug auf den Friedensprozess praktisch keine einflussreichen Gegengewichte zu diesem gestiegenen Einfluss von Siedlern und Hardlinern. Zwar spricht sich Lapid für die Aufnahme

neuer Verhandlungen mit den Palästinensern aus, sieht in den Siedlungen aber kein grundsätzliches Problem für die israelische Politik. Die Tatsache, dass er sein außenpolitisches Programm in der Westbanksiedlung Ariel vorstellte, verdeutlicht diese Position. Bei dieser Gelegenheit erklärte er auch, dass Jerusalem für ihn unteilbar und Bestandteil des Staates Israel sei. Von den 22 Ministern des neuen Kabinetts zählen die 15 Minister von *Likud–Yisrael Beitenu* und *HaBayit HaYehudi* zu den Unterstützern des Kurses von Premier Netanyahu oder vertreten noch radikalere Positionen. Lediglich die sieben Minister von *Yesh Atid* und *HaTnuah* vertreten moderate Positionen. Im neuformierten achtköpfigen Sicherheitskabinetts, in dem alle wichtigen außenpolitischen Entscheidungen getroffen werden, ist Justizministerin Livni die einzige, die sich klar zur Zwei-Staaten-Lösung bekennt. Außer ihr kann nur noch Yair Lapid als moderater Politiker angesehen werden. Alle anderen sind in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik Hardliner.

In Bezug auf den Friedensprozess stellt sich die Frage, wie die Politiker von *Likud–Beitenu* und *HaBayit HaYehudi* zu einem moderaten Kurs und zu Kompromissen gebracht werden können. Innenpolitischen Druck in diese Richtung gibt es praktisch nicht. Die Mehrzahl der Israelis ist mit der aktuellen Situation einverstanden. Für sie ist der Status quo die derzeit bestmögliche Situation. Aber Netanyahu weiß um Israels schwierige internationale Situation. Er weiß, dass der Widerstand gegen Israels Besatzungspolitik wächst, nicht zuletzt unter politischen Verbündeten wie Deutschland. Wird er die Hardliner in seiner Regierung zügeln und zu einem moderaten Kurs zwingen? Hat er dazu den politischen Willen? Und die politische Macht?

4. Barack Obamas Israel-Besuch und die Rolle der USA

Vor seiner Reise nach Israel und Palästina hatte US-Präsident Barack Obama deutlich gemacht, dass er keine neue Friedensinitiative vorlegen würde, sondern kommen wolle, um aufmerksam zuzuhören und sich zu informieren. Er muss eine Ahnung gehabt haben, welche Art von Gesprächspartner auf Seiten der neuen israelischen Regierung ihn erwarten würde und dass es sehr schwierig werden würde, mit ihnen eine gemeinsame Sprache zu den drängenden Fragen des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses zu finden. Dementsprechend wählte

er als Forum nicht das israelische Parlament, sondern das Konferenzzentrum im Herzen Jerusalems. Dort sprach er vor jungen Israelis, denn Obama richtete seine Worte nicht an die israelischen Politiker sondern das israelische Volk, dessen Vertrauen und Sympathie er mit seinem Besuch gewinnen wollte.

Bevor er an seinem zweiten Besuchstag seine zentrale politische Rede hielt, machte Barack Obama in öffentlichen Auftritten mit Benjamin Netanyahu und Shimon Peres deutlich, dass die USA fest an der Seite Israels stünden, dass es eine »unverbrüchliche Bindung« zwischen beiden Ländern gäbe, und dass diese »Allianz ewig« sei. Er erklärte, dass es das Ziel amerikanischer Politik sei, »den Iran daran zu hindern, Nuklearwaffen zu erlangen«, dass man dafür notfalls auch Waffengewalt einsetzen würde und dass Israel in dieser Frage keinesfalls allein sei. Er besuchte Yad Vashem sowie die Gräber von Theodor Herzl und Itzhak Rabin und sprach über die historischen Wurzeln des jüdischen Volkes in der Region. Mit seinem Auftreten gelang es ihm, das bisherige Misstrauen in der israelischen Bevölkerung gegen ihn zu überwinden. Die führende Tageszeitung *Yedioth Ahronot* titelte: »Israel is in Love«. Mit dieser gelungenen Umarmung Israels hat Obama ein ganz wichtiges politisches Ziel erreicht. Von nun an wird es für Premier Netanyahu und die ihn umgebenden Hardliner weitaus schwieriger werden, mit dem Verweis auf die fehlende Unterstützung durch die USA einen israelischen Alleingang gegen den Iran zu legitimieren. Barack Obama konnte den Menschen in Israel glaubhaft versichern, dass sie sich auf die USA verlassen können. Er hat damit strategischen Spielraum für eine politische Lösung des Problems gewonnen. Mit diesem Erfolg im Rücken wandte Obama sich in seiner Jerusalemer Rede dem Nahostkonflikt zu und benutzte dabei eine ungewohnt kritische Sprache. Er wandte sich dabei nicht an die Politiker des Landes sondern direkt an die Menschen. Er forderte sie auf, selbst aktiv zu werden und die Politiker zum Handeln zu drängen, da es sonst keine Veränderungen geben würde. Israel müsse anerkennen, dass der fortgesetzte Siedlungsbau nicht der Sicherheit diene und es nicht fair sei, wenn Siedlergewalt gegen Palästinenser ungestraft bleibe. Frieden sei nicht nur eine Sache der Fairness, sondern eine Notwendigkeit, denn ein jüdisches und demokratisches Israel sei nur möglich, wenn es auch ein lebensfähiges und unabhängiges Palästina gäbe. Obama kritisierte aber nicht nur die israelische Siedlungs- und Besatzungspolitik, sondern ebenso klar

die palästinensische Führung. Sie solle aufhören, die jüdischen Siedlungen als Vorwand für die eigene Untätigkeit zu benutzen und betonte, dass Meinungsverschiedenheiten nur durch Verhandlungen gelöst werden könnten.

Mit seinem Auftreten in Israel und seinen Treffen mit der palästinensischen Führung hat Barack Obama deutlich gemacht, dass er seine Rolle im Nahostkonflikt inzwischen anders interpretiert als zu Beginn seiner Präsidentschaft im Jahr 2009. In seiner Kairo-Rede hatte er von Israel gefordert, den Siedlungsbau zu beenden. Er hatte gesagt, dass die Vereinigten Staaten die Rechtmäßigkeit des fortgesetzten israelischen Siedlungsbaus nicht mehr akzeptierten. Mit dieser Forderung konnte er sich nicht durchsetzen. Nach einem zehnmonatigen Baustopp setzte Israel den Siedlungsbau fort. Obama war mit seiner Initiative gescheitert. Der Friedensprozess kam völlig zum Erliegen. Substantielle Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern haben seitdem nicht stattgefunden. In seiner Jerusalem-Rede, die als die Fortsetzung seiner Kairo-Rede angesehen werden kann, findet er ebenfalls klare Worte für die Beschreibung der bestehenden Situation und deren Konsequenzen. Aber diesmal legte er keine eigene Friedensinitiative vor, sondern weist diese Aufgabe an die Konfliktparteien zurück und fordert sie auf, am Verhandlungstisch nach Lösungen zu suchen. Er selbst sieht sich nicht mehr als unmittelbarer Akteur in diesem Prozess und überträgt diese Aufgabe seinem Außenminister John Kerry. Dieser soll sich nun darum bemühen, Israelis und Palästinenser zurück an den Verhandlungstisch zu bringen. Für Barack Obama ist die Lösung des Nahostkonflikts keine Chefsache mehr.


Thomas Friedman schrieb vor Obamas Nahost-Reise in der *New York Times*, dass sich die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts aus der Sicht von US-Diplomaten von einer Notwendigkeit zu einem Hobby gewandelt habe. Er nannte dafür die folgenden Gründe: 1) das Ende des kalten Krieges, denn damals habe die Gefahr bestanden, dass ein arabisch-israelischer Krieg Auslöser für einen Konflikt der Supermächte werden könnte; 2) massive Erdöl- und Erdgasfunde in den USA, Kanada, Mexiko, was Nordamerika zu einem neuen Saudi Arabien mache; 3) der gewaltsame Konflikt zwischen Sunniten und Shiiten, der die Region destabilisiert. Die drängendste Frage sei nicht mehr die Schaffung eines palästinensischen Staates, sondern die Frage, ob es demnächst überhaupt noch einen syrischen, libyschen oder ägyptischen Staat geben werde.

Die palästinensische Politikerin Hanan Ashrawi nannte Obamas Besuch enttäuschend und sagte: »Die Frage, die von den Amerikanern und der internationalen Gemeinschaft beantwortet werden muss, lautet, wie es jetzt weitergehen soll. Es reicht nicht zu sagen, dass Kerry oft hier sein wird.« Offenbar ist Barack Obama anderer Meinung. Mit seiner Jerusalem-Rede stellt er den Israelis genauso wie den Palästinensern die Frage, welche Strategie sie für die Zukunft haben. Und ob sie überhaupt eine Strategie haben!

5. Fazit

Die neue Regierung hat zwei Gesichter, die zwei gegensätzliche Tendenzen der israelischen Politik zeigen: moderate Reformer sitzen mit außenpolitischen Hardlinern und Vertretern der Siedlerbewegung in einem Kabinett und sollen gemeinsam die Politik des Landes gestalten. Werden sie tatsächlich zusammenarbeiten? Oder wird das Lager um Netanyahu versuchen, verloren gegangene Machtpositionen zurückzuerobieren und den Erfolg der Reformprojekte von Lapid und Bennett zu hintertreiben? Die Reformen können nur gelingen, wenn die gesamte Regierung sie unterstützt. Dass die ultra-orthodoxen Parteien nicht mehr in der Regierung sind, ist eine große Chance, dringend notwendige Veränderungen durchzusetzen. Die politischen Diskussionen um die Verabschiedung des neuen Haushalts und des neuen Wehrdienstgesetzes werden einen ersten Hinweis erbringen, ob diese Regierung sich einem gemeinsamen Ziel verpflichtet fühlt. Besonders die Verabschiedung des Budgets wird zum Prüfstein dafür, ob die neue Regierung den politischen Willen hat, die Reformprojekte auch zu finanzieren. Werden dafür allein soziale Dienstleistungen gestrichen oder kommt es auch zu Kürzungen im Verteidigungsetat?

In einem engen, machttaktischen Sinn dürfte es gar nicht in Netanyahus Interesse sein, dass Lapid und Bennett mit ihrer Politik erfolgreich sind. Ihr Erfolg würde zwar das Land voranbringen, könnte aber auch Netanyahus Ende als Ministerpräsident bedeuten. Wie wird er sich verhalten? Er verfügt über allerbeste Verbindungen sowohl in die Führungskreise von Wirtschaft und Finanzen als auch in das Verteidigungsestablishment. Dort werden die Reformvorhaben mit Argwohn verfolgt. Deren Durchsetzung würde ihre Macht beschneiden und profitable Monopole zerschlagen. Dagegen werden sie



mit allen Mitteln Widerstand leisten und versuchen, Netanyahu und sein politisches Camp zu ihrem Verbündeten zu machen.

Was wird diese Regierung für den Friedensprozess tun? Wird sie die Forderung von Mahmud Abbas nach einem Baustopp in den Siedlungen annehmen? Ist sie zu Kompromissen bereit? Dafür gibt es derzeit keine Anzeichen. Die für die Siedlungspolitik und die Beziehungen zu den Palästinensern verantwortlichen israelischen Ministerien werden von Hardlinern und Politikern der Siedlerbewegung dominiert. Sie haben vor und nach den Wahlen deutlich gemacht, dass sie die ihnen zur Verfügung stehenden Machtpositionen und Ressourcen nutzen werden, um die Siedlungstätigkeit fortzusetzen. Eine Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967, inklusive Austausch von Land, lehnen sie ab. Die meisten von ihnen machen keinen Hehl daraus, dass sie die Westbank teilweise oder ganz annektieren wollen. Und sie gehen offenbar davon aus, dass sie von der amerikanischen Regierung keinen substantziellen politischen Druck fürchten müssen. Präsident Obama hat diesen Eindruck während seines Besuchs in Israel und Palästina nicht widerlegt. Die einzige konkrete Maßnahme war die Ankündigung, dass sich von nun an Außenminister Kerry darum bemühen werde, den israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozess wieder in Gang zu bringen. Es gibt wenig Anlass anzunehmen, dass er in seinen Bemühungen mehr Erfolg haben wird als sein Chef.

Die Kabinettsliste der 33. israelischen Regierung

Funktion	Name	Partei
Premierminister Minister für Public Diplomacy und Diaspora-Angelegenheiten	Benjamin Netanyahu	Likud
Minister für Verteidigung	Moshe Ya'alon	Likud
Minister für Innere Angelegenheiten	Gideon Sa'ar	Likud
Minister für die Geheimdienste Minister für Internationale Beziehungen Minister für strategische Angelegenheiten	Yuval Steinitz	Likud
Minister für Energie und Wasser Minister für regionale Kooperation Minister für die regionale Entwicklung des Negev und Galiläa	Silvan Shalom	Likud
Minister für Kommunikation Minister für Heimatverteidigung	Gilad Erdan	Likud
Minister für Transport, nationale Infrastruktur und Verkehrssicherheit	Yisrael Katz	Likud
Minister für Kultur und Sport	Limor Livnat	Likud
Minister für Auswärtige Angelegenheiten	Avigdor Lieberman (bis Ende des laufenden Gerichtsverfahrens führt Benjamin Netanyahu das Ministerium)	Yisrael Beitenu
Minister für Innere Sicherheit	Yitzhak Aharonovitch	Yisrael Beitenu
Minister für die Eingliederung von Immigranten	Sofa Landver	Yisrael Beitenu
Minister für Landwirtschaft und regionale Entwicklung	Yair Shamir	Yisrael Beitenu
Minister für Tourismus	Uzi Landau	Yisrael Beitenu
Minister für Finanzen	Yair Lapid	Yesh Atid
Minister für Bildung	Shai Piron	Yesh Atid
Minister für Wissenschaft und Technologie	Yaakov Perry	Yesh Atid
Minister für Gesundheit	Yael German	Yesh Atid
Minister für Wohlfahrt und soziale Dienstleistungen	Meir Cohen	Yesh Atid
Minister für Wirtschaft und Handel Minister für religiöse Angelegenheiten	Naftali Bennett	HaBayit HaYehudi
Minister für Bau und Wohnungswesen	Uri Yehuda Ariel	HaBayit HaYehudi
Minister für Senioren	Uri Orbach	HaBayit HaYehudi
Minister für Justiz	Tzipi Livni	HaTnuah
Minister für Umweltschutz	Amir Peretz	HaTnuah



Über den Autor

Ralf Hexel ist langjähriger Mitarbeiter der FES und seit 2008 Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Herzliya, Israel.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Armin Hasemann, Referent für Israel
und die Palästinensischen Gebiete

Tel.: ++49-30-269-35-7423 | Fax: ++49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen/Kontakt:
info.nahost@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-512-6